


Kamerun: Innenpolitik

21.03.2019 - Artikel 

Staatsaufbau

Gemäß Verfassung von 1996 ist Kamerun ein Einheitsstaat mit einer Präsidentialverfassung. Die Verfassung schreibt außerdem die Durchführung von Dezentralisierungsmaßnahmen, die Schaffung einer zweiten Parlamentskammer (Senat) sowie die Beschränkung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf sieben Jahre vor. Eine Verfassungsänderung vom 10. April 2008 hob die früher bestehende Mandatsbegrenzung für den Staatspräsidenten auf und ermöglichte eine unbegrenzte Wiederwahl.

Der Senat nahm nach Wahlen im Mai 2013 seine Tätigkeit auf. Nachdem er bereits in der Verfassungsänderung vom Januar 1996 vorgesehen war, wurde der Verfassungsrat 7. Februar 2018 offiziell eingerichtet.

Das Land befindet sich derzeit aufgrund gewalttätiger sezeessionistischer Bestrebungen in den beiden englischsprachigen Regionen Nordwest und Südwest, in denen ca. 20 % der Gesamtbevölkerung leben, in einer innenpolitischen Krise. Diese hatte ihren Ursprung in der gewaltsamen Niederschlagung von Bürgerprotesten Ende 2016 gegen die vermeintliche Diskriminierung der englischsprachigen Bevölkerung durch die frankophone Zentralregierung.

Wahlen

Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2018 gewann Paul Biya (RDPC, „Demokratische Sammlungsbewegung des kamerunischen Volkes“) mit 71,289 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit wurde der seit 1982 amtierende Staatspräsident Biya (86 Jahre) für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt. Das zweitbeste Ergebnis erzielte der Vorsitzende des Mouvement pour la Renaissance du Cameroun (MRC), mit 14,23 Prozent der Stimmen..

Zum Premierminister und Regierungschef wurde im Rahmen einer Kabinettsumbildung nach den Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2018 am 7. Januar 2019 Joseph Dion Ngute ernannt. Außenminister ist seit Oktober 2015 Lejeune Mbella Mbella.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 2013 erhielt die Regierungspartei RDPC 148 der 180 Sitze. Die oppositionelle Sozialdemokratische Front (SDF) unter Parteichef John Fru Ndi erhielt 18 Sitze (gegenüber 16 Mandaten bei den Wahlen 2007). Die

weiteren Sitze verteilen sich auf die regierungsnaher Oppositionspartei UNDP (5) sowie die Oppositionsparteien UDC (4), UPC (3), MDR (1) und MRC (1). Die ursprünglich für Herbst 2018 geplanten Wahlen wurden auf 2019 verschoben.

Die Verfassungsänderung von 1996 sah die Schaffung einer zweiten parlamentarischen Kammer, des Senats, vor. Die indirekten Wahlen zum Senat - wahlberechtigt waren die Mitglieder der Gemeinderäte - fanden erstmals im April 2013 statt. Im Senat vertreten jeweils zehn Senatoren die zehn Regionen. Für jede Region wurden sieben Senatoren gewählt; drei weitere pro Region ernannte nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses der Staatspräsident. Nach den Wahlen vom 25.03.2018 und der Ernennung der übrigen 30 Senatoren durch den Staatspräsidenten stellt die Regierungspartei 87 Senatoren, während 7 der oppositionellen SDF und 6 Senatoren kleinen Parteien angehören. Der Präsident des Senats vertritt den Staatspräsidenten im Falle seiner Abwesenheit oder Amtsunfähigkeit.

Hinweis:

Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.